



Bundesnetzagentur

Hinweise

zur Zuordnung von Versorgungsunterbrechungen
zum Störungsanlass höhere Gewalt

Hinweise zur Zuordnung von Versorgungsunterbrechungen zum Störungsanlass höhere Gewalt

im Rahmen der Datenerhebung zur Bestimmung des
Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom
nach den §§ 19 und 20 ARegV

Stand: Januar 2020

**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

Referat Anreizregulierung, Vergleichsverfahren

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

Tel.: +49 228 14-0

Fax: +49 228 14-8872

E-Mail: 602.Anreizregulierung@bnetza.de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
1 Der Begriff höhere Gewalt.....	5
2 Regelbeispiele für höhere Gewalt.....	5
3 Regeleispiele für sonstige Zuordnungen von Versorgungsunterbrechungen.....	6
3.1 Atmosphärische Einwirkungen	6
3.2 Einwirkungen Dritter	6
3.3 Zuständigkeitsbereich des Netzbetreibers/kein erkennbarer Anlass.....	6
3.4 Rückwirkungsstörungen	7
3.5 Geplante Versorgungsunterbrechungen (Sonstiges).....	7
4 Nachweispflicht der Netzbetreiber beim Störungsanlass höhere Gewalt.....	7
5 Rechtliche Hinweise	8
Impressum.....	9

1 Der Begriff höhere Gewalt

Im Rahmen der Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom nach den §§ 19 und 20 ARegV ist durch die Netzbetreiber sicherzustellen, dass bei Angabe des Störungsanlasses höhere Gewalt nur solche Versorgungsunterbrechungen berücksichtigt werden, die den Vorgaben der Allgemeinverfügung nach § 52 S. 5 EnWG vom 22. Februar 2006 (Az. 605/8135) entsprechen.

Bei höherer Gewalt handelt es sich um:

„[...] ein betriebsfremdes, von außen durch außergewöhnliche elementare Naturkräfte oder durch Handlungen Dritter Personen herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbar ist, mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln und durch äußerste, nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt, nicht verhütet und unschädlich gemacht werden kann und auch nicht wegen seiner Häufigkeit vom Betriebsunternehmer in Kauf zu nehmen ist.“

Die Allgemeinverfügung führt hierzu weiter aus:

„[...] unter höhere Gewalt fallen insbesondere außergewöhnliche Naturkatastrophen (z. B. Hochwasser mit den Auswirkungen der Oderflut im Jahre 1997), Streik, gesetzliche und behördliche Anordnungen, Terroranschläge oder Krieg.“

2 Regelbeispiele für höhere Gewalt

Demgemäß sind u. a. folgende Ereignisse Regelbeispiele für den Störungsanlass höhere Gewalt:

- Windereignisse ab schwerer Sturm mit Windstärke 10 Bft
- Außergewöhnliches Hochwasser (z. B. Oderflut 1997 oder mind. 50-jährige Ereignisse)
- Erdbeben
- Abschaltung aufgrund der Anordnung von Behörden bei unmittelbarer Einwirkung von Gefahren, zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, soweit die Ursache dieser Anordnung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Netzbetreibers lag
- Terroranschläge
- Krieg.

3 Regeleispiele für sonstige Zuordnungen von Versorgungsunterbrechungen

Demgegenüber sind unter anderem die folgenden Ereignisse Regelbeispiele für die in andere Störungsanlässe wie atmosphärische Einwirkungen, Einwirkungen Dritter, Zuständigkeitsbereich des Netzbetreibers/kein erkennbarer Anlass, Rückwirkungen oder geplante Versorgungsunterbrechungen (Sonstiges) und zählen demnach nicht zum Störungsanlass höhere Gewalt.

3.1 Atmosphärische Einwirkungen

Versorgungsunterbrechungen sind dem Störungsanlass atmosphärische Einwirkungen zuzuordnen, wenn beispielsweise folgende Ereignisse ursächlich waren:

- Wind und Sturm bis Windstärke 9
- Hochwasser, Schneeschmelze
- Hagel, Regen, Gewitter, Schnee, Eis oder Eisregen
- Raureif, Nebel oder Betauung
- Kälte oder Hitze
- Seiltanzen durch atmosphärische Einwirkungen.

3.2 Einwirkungen Dritter

Versorgungsunterbrechungen sind dem Störungsanlass Einwirkungen Dritter zuzuordnen, wenn beispielsweise folgende Ereignisse ursächlich waren:

- Erd- oder Baggerschaden durch Dritte
- Berührung spannungsführender Teile durch Kräne, Fahrzeuge, Flugobjekte, Drachen oder Ballone, Personen
- Diebstahl durch Dritte
- Vandalismus durch Dritte
- Brände
- Schäden durch Tiere
- Astbruch.

3.3 Zuständigkeitsbereich des Netzbetreibers/kein erkennbarer Anlass

Versorgungsunterbrechungen sind dem Störungsanlass Zuständigkeitsbereich des Netzbetreibers/kein erkennbarer Anlass zuzuordnen, wenn beispielsweise folgende Ereignisse ursächlich waren:

- Montagefehler
- Kabelbrand
- altersbedingter Ausfall von Betriebsmitteln

- defekte Betriebsmittel
- Überlastung von Betriebsmitteln
- Fehlbedienung
- Betätigung von Schalteinrichtungen mit mechanischem Versagen
- unbekannte Ursachen.

3.4 Rückwirkungsstörungen

Versorgungsunterbrechungen sind dem Störungsanlass Rückwirkungsstörung zuzuordnen, wenn beispielsweise folgende Ereignisse ursächlich waren:

- Störung im Netz des vor- oder nachgelagerten Netzbetreibers
- Störungen im einspeisenden Kraftwerk oder Ausfall der Netzeinspeisung
- Störungen in der Anlage eines Letztverbrauchers.

3.5 Geplante Versorgungsunterbrechungen (Sonstiges)

Dies sind Versorgungsunterbrechungen, die mit vorheriger Benachrichtigung oder Absprache der betroffenen Letztverbraucher oder Weiterverteiler einhergehen. Geplante Versorgungsunterbrechungen (Sonstiges) treten beispielsweise bei der Durchführung von Maßnahmen auf, die der technischen Sicherheit und der Zuverlässigkeit von Energieversorgung dienen. Geplante Versorgungsunterbrechungen (Sonstiges) treten regelmäßig auch bei der Umsetzung von Rechtsvorschriften oder behördlichen Anordnungen auf, wie z. B. bei Nachrüstungen zum Vogelschutz nach dem Bundesnaturschutzgesetz.

4 Nachweispflicht der Netzbetreiber beim Störungsanlass höhere Gewalt

Im Rahmen der Berechnung der Qualitätselemente gemäß §§ 19 und 20 ARegV werden von der Bundesnetzagentur nur diejenigen Versorgungsunterbrechungen mit dem Anlass höhere Gewalt berücksichtigt, bei denen eine ausreichende und für Dritte nachvollziehbare Begründung abgegeben wurde. Angaben wie beispielsweise „Unfall“, „(Nieder-/Mittelspannungs-) Störung“, „Fehler“, „Schadenfall“, „Unwetter“ und „Naturkatastrophe“ sind keine ausreichenden Erläuterungen für den Störungsanlass höhere Gewalt. Zu den notwendigen Angaben für den Störungsanlass höhere Gewalt gehört in jedem Fall die Benennung des Ereignisses nebst Ort (beispielsweise durch Angabe der Postleitzahl oder Koordinaten), Datum, Uhrzeit und Dauer des Ereignisses.

Bei durch schwere Stürme, Orkane oder außergewöhnliche Hochwasser, mit den regelmäßig nur einmal in 50 Jahren zu rechnen ist (vgl. hierzu auch DIN EN 1991-1-4/NA, S. 14), bedingten Störungen ist zudem der Name des Sturms oder Orkans bzw. der Name des hochwasserführenden Gewässers zu nennen. Bei der Plausibilitätsprüfung der Angaben und Erläuterungen des Netzbetreibers greift die Bundesnetzagentur grundsätzlich zunächst auf behördliche Messdaten von Wetterstationen (Deutscher Wetterdienst) oder Hochwasserpegel (Bundesanstalt für Gewässerkunde, Landes- oder Kommunalämter) zurück, der dem mitgeteilten Ort des Ereignisses am nächsten gelegen ist. Höhere Gewalt kann jedoch auch durch Messwerte von selbst betriebenen oder durch dritte betriebene Wetterstationen, Hochwasserpegel oder Messeinrichtungen belegt werden. In diesem Fall ist durch den Netzbetreiber nachzuweisen, dass diese dem

Stand der Technik entsprechen und die Erfassung der Messwerte nach den zugrundeliegenden Normen und Vorschriften erfolgte.

Folgende Nachweise sind einzureichen:

- Messprotokoll am Tag des Störereignisses
- Belegenheit der Station (Ort, Postleitzahl oder Koordinaten)
- Distanz zwischen der Wetterstation/Messeinrichtung und dem Ort des Störungsereignisses
- ggf. historische Messwerte beispielsweise bei einem ursächlichen Hochwasser.

Bei Abschaltungen aufgrund der Anordnung einer Behörde, zum Schutz der öffentlichen Sicherheit sollte zudem der Name der anweisenden Behörde und die Einsatznummer angegeben werden. Dies gilt nur soweit die Ursache dieser Anordnung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Netzbetreibers lag, da andernfalls per Definition keine höhere Gewalt vorliegt.

5 Rechtliche Hinweise

Wurde im Rahmen der Datenmeldung gemäß der Allgemeinverfügung nach § 52 S. 5 EnWG vom 22. Februar 2006 (Az. 605/8135) keine ausreichende Erläuterung abgegeben, so ist dies im Zuge der Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselements hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom nach den §§ 19 und 20 ARegV nachzuholen. Gegebenenfalls sind auch Neuzuordnungen der Störungsanlässe vor dem Hintergrund des oben Erläuterten vorzunehmen.

Die Bundesnetzagentur unterstreicht in diesem Zusammenhang die Pflicht der Netzbetreiber nach § 27 Abs. 1 Ziffer 4 ARegV ordnungsgemäß Auskunft zu erteilen. Die Bundesnetzagentur behält sich in diesem Zusammenhang vor, Nachweise für den Störungsanlass höhere Gewalt einzufordern. Bei fehlenden oder offenkundig unzutreffenden Daten können durch die Regulierungsbehörde Schätzungen gemäß § 30 ARegV i. V. m. § 4 Abs. 1 ARegV vorgenommen werden.

Impressum

Herausgeber

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

Bezugsquelle | Ansprechpartner

Referat Anreizregulierung, Vergleichsverfahren

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

602.anreizregulierung@bnetza.de

www.bundesnetzagentur.de

Tel. +49 228 14-0

Fax +49 228 14-8872

Stand

Januar 2020

Text

Referat 602, Anreizregulierung, Vergleichsverfahren

**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

Telefon: +49 228 14-0

Telefax: +49 228 14-8872

E-Mail: info@bnetza.de

www.bundesnetzagentur.de